

Lüneburg, 11. Dezember 2010

Grundgesetz Artikel 5, Absatz (1)

Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten.

Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet ■■■ statt.

„Die Freiheit der Presse ist eines der starken Bollwerke der Freiheit und kann nur durch despotische Regierungen beschränkt werden.“

**Artikel 15, Virginia Bill of Rights,
Verfassung der USA**

Pressefreiheit

(1949 – 2010)

Du warst bei der internationalen Treibjagd nach Wikileaks im Weg. So wurdest du zum Kollateralschaden.

Statt Blumen bitten wir um das massenhafte Verfielfältigen von Wikileaks-Inhalten. Denn geächtet und verfolgt gehört der Mord an Unschuldigen und nicht, darüber zu berichten.

Aktuell versuchen Presse und Politik das Informationsportal Wikileaks mundtot zu machen.

Während der Online-Shop Amazon den „Rauswurf“ Wikileaks von ihren Servern zumindest noch mit einem AGB-Verstoß rechtfertigen kann, geht der amerikanische Internet-Zahlungsdienstleister Paypal mit kruden Methoden vor: Einfrierung des Spendenkontos.



Begründung: „Förderung krimineller Aktivitäten“. Master- und Visa-Card gehen denselben Weg. Zivilcourage und Pressefreiheit werden auf ekelerregende Art und Weise kriminalisiert.

Was war Wikileaks Verbrechen? Warum wird Assange in den USA von allen Seiten als „Terrorist“ (Eine Verhöhnung der Opfer des 11. Septembers) bezeichnet?

Wikileaks verschafft uns einen Einblick in die Arbeit, derer die einzig und allein ihre Legitimität erhalten, um uns zu dienen.

Die Informations- und Pressefreiheit, unveräußerliche Bürgerrechte, werden zu Grabe getragen!

Wir sind an einem Punkt angelangt, an dem wir eine Entscheidung treffen müssen: Entweder sagen wir: „Mögen Sie in Frieden ruhen!“ oder aber wir machen von unserem Grundrecht gebrauch, die Werte zu verteidigen, die in unserem Land eine starke Zivilgesellschaft hervorgebracht haben.

Darum fordern wir

- Wahrung der Pressefreiheit
- Schutz journalistischer Quellen
- Rechtstaatlichkeit gegenüber Julian Assange
- Eine faire Berichterstattung über Wikileaks
- Keine Einschränkung der Pressefreiheit unter dem Vorwand des Terrorismusverdachts
- Verfolgung von Kriegsverbrechern statt Verfolgung der Kriegsberichterstatter

